Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Vollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 255 | — Erscheint wöchentlich 5 mal. — Bezugspreis freibleibend. | Halver Freitag, den 28. Dezember 1923 | Anzeigenpreis für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Goldpf für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfg. — Reklame 40 Goldpfg. — Offertgebühren 10 Goldpfg. und Porto. | 23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Auf Weisung des Pariser Garantie-Ausschusses ist eine Ernährungsuntersuchung in Berlin eingeleitet worden.

* Der Rechtsausschuß des Reichstages nahm einen sozialdemokratischen Antrag an, wonach auch für verbotene Parteien Versammlungs- und Preßfreiheit gewährt werden soll.

* Von dem Delegierten der Rheinlandkommission wurde die Erklärung abgegeben, daß nach Einführung der Rhein-Goldnoten das Rentenbank-Gesetz auch für das besetzte Gebiet zugelassen werden soll.

* Die Bayerische Volkspartei beabsichtigt eine Volksentscheidung über die Auflösung des bayerischen Landtages herbeizuführen.

* In Hannover wurde ein Bombenanschlag gegen das Regierungsgebäude verübt.

* Eine neue Zusammenkunft Poincarés mit dem deutschen Geschäftsträger fand am Heiligen Abend statt.

* Die Ermächtigung, bei Geschäften über die Lieferung von Waren und über die Bewirkung von Leistungen, ausländische Zahlungsmittel in Zahlung zu geben und zu nehmen, ist bis zum 15. Februar 1924 verlängert worden.

* Die Berliner Börsen für Geld und Produkten blieben am Heiligen Abend geschlossen. Devisen wurden nicht notiert.

* Eine Weihnachtskundgebung der Deutschnationalen Volkspartei fordert alle ihre Freunde und Anhänger im Lande auf, sich der gefangenen und ausgewiesenen Opfer des Kampfes an Rhein und Ruhr anzunehmen.

* Die englischen Behörden haben in Indien alle Vorbereitungen für eine Mobilisierung der Streitkräfte gegen Afghanistan getroffen.

Weihnachtsgruß des Kanzlers.

Durch Funkspruch.

CB. Berlin, 26. Dezember.

In der Radiostunde im Vorhause wurde gestern abend ein politischer Weihnachtsgruß des Reichskanzlers Dr. Marx aufgenommen und alsbald durch den Telephoniesender verbreitet. Der Kanzler sagte dabei:

Die Weihnachtslichter brennen — das Fest des Friedens ist da. Wie froh und festlich war es einst in allen deutschen Gauen, wenn wir dies deutscheste aller Feste feierten. Heute sind es nur wenige, die geben und die empfangen können. Wir sind verarmt, so verarmt, daß Hunderttausende deutscher Volksgenossen schon froh sein werden, wenn sie an den Weihnachtstagen durch die zahlreichen Wohlfahrtseinrichtungen des In- oder Auslandes einmal in die Lage kommen werden, sich satt zu essen, ihren Hunger zu stillen. Wir müssen danken den edlen Menschen, die in Holland und Dänemark, in der Schweiz und der Tschechoslowakei, in Schweden und Norwegen, in Österreich und Amerika, die allenthalben in der Welt geopfert haben für das darbende deutsche Volk. Wir danken den Auslandsdeutschen, die mit offenen Händen und deutschen Herzen gaben, was sie geben konnten. Wir danken auch den Deutschstämmigen in den verschiedenen Weltteilen und in den deutschen Nachbarländern, daß sie mit ihrer Liebestätigkeit ein so herrliches Beispiel gegeben haben. Diese Hilfsbereitschaft menschlich Denkender in allen Ländern der Welt ist wie ein Lichtzeichen, das uns Hoffnung leuchtet in der Finsternis. Wenn wir Briefe und Kundgebungen erhalten aus den ehemals feindlichen Ländern, von Leuten, die einst selbst gegen uns im Felde gestanden haben, dann fühlen wir, daß trotz Verhetzung und immer wieder neu geschürten engherzigen Chauvinismus

der Gedanke des Friedens auf Erden

noch lebt. Aber trotzdem ist der wahre Friede noch fern, allzu fern. Heute noch schmachten Tausende unserer deutschen Landsleute in finsteren Gefängnissen, weil sie ihr Vaterland nicht verraten oder zu schädigen vermochten, weil sie deutsch waren und ihre Pflicht taten als Deutsche. Gerade unter den Lichtern des Weihnachtsbaumes wollen wir aber auch ferner derer gedenken, die ihr Deutschsein, ihre Pflichttreue, als

deutsche Beamte und Bürger

vertrieben hat von Haus und Hof. Zehntausende sind es, die, innerhalb weniger Stunden, oft sogar innerhalb weniger Minuten ihre Häuslichkeit räumen mußten, räumen mußten unter dem Zwang von Bajonetten und Maschinengewehren. Die alles zurücklassen mußten, was sie an langen Jahren mühevoller Arbeit und Pflichterfüllung sich erspart und angeschafft hatten. Die heute irgendwo fern von den Angehörigen in engen Räumen oder in kalten, unfreundlichen Notwohnungen untergekommen sind, deren Familienmitglieder in Gefängnissen schmachten oder von ihnen getrennt sind durch feindliche Willkür, diesen Deutschen, die in Zeiten größter Not ihrem Vaterlande die Treue bewahrten, die alles hingaben, um getreu zu bleiben ihrem Deutschtum und ihrer Pflicht. Trübe Weihnachten werden es auch noch für viele, leider viel zuviele andere sein.

Der deutsche Mittelstand,

der einst Weihnachten sorglos feiern konnte, ist zusammengebrochen. In vielen Angestellten-, Arbeiter- und Beamtenfamilien wird keine reine Weihnachtsfreude herrschen, weil Kündigungen und Erwerbslosigkeit sie befallen haben. Anderthalb Millionen Vollerwerbslose gibt es im unbesetzten Deutschland, dazu fast zwei Millionen Kurzarbeiter. Hinzu kommen noch die etwa zwei Millionen Vollerwerbslosen im besetzten Gebiet und wohl ebensoviele Kurzarbeiter. Schmerzlich für alle Betroffenen ist auch der

Beamtenabbau.

Die Regierung aber mußte ihn beginnen, und ich habe dem zugestimmt, weil es nach den Zeiten der Inflationswirtschaft galt, den Reichshaushalt wieder auf eine solide Basis zu bringen, weil es galt, dem sonst unfehlbar drohenden Staatszusammenbruch vorzubeugen. Wir sind uns im Klaren darüber, daß die neuen Steuern dem Volke schwere Lasten auferlegen und daß sie einen Eingriff in die Substanz mit sich bringen. Wenn wir aber den Staat retten wollen, so mußten wir solche Maßnahmen durchführen.

Die schweren Steuern,

die wir uns haben auferlegen müssen, kommen dem Staat wieder durch die Aufrechterhaltung staatlicher Ordnung zugute. Das mögen alle diejenigen Kreise bedenken, die zurzeit die neuen Steuerverordnungen brutal finden. Nicht allein durch innere Maßnahmen kann aber eine Sanierung erreicht werden. Sehr wesentlich wird eine Gesundung der deutschen Verhältnisse von außen her bedingt werden. Das deutsche Volk und die Reichsregierung wollen den Reparationsverpflichtungen weitmöglichst nachkommen.

Wir wollen Reparationen leisten,

soweit wir es vermögen und es in unseren Kräften steht. Wenn man uns freilich in unseren wirtschaftlich produktivsten Gebieten an Rhein und Ruhr nicht frei arbeiten läßt und wenn man gewaltsam produktive Wirtschaftsentfaltung in jenen Gebieten behindert, dann wird es nicht möglich sein, Reparationsleistungen zu vollbringen, wie es sonst möglich wäre. Ließe man Deutschland den Beweis des guten Willens vollbringen — er würde, davon bin ich überzeugt, überraschende Ergebnisse zeitigen. Und wenn man den Deutschen, und gerade meine rheinischen Landsleute, frei arbeiten läßt, — ich bin davon überzeugt, daß sie trotz der Unterernährung und Entkräftung wieder so fruchtbare Arbeit leisten würden, wie sie den Deutschen als Mann der Pflicht und hohen Arbeitsleistung angesehen gemacht hat in allen Ländern. Wir haben erneut unseren Willen

zu ehrlicher, opfervoller Verständigung

bekundet. Mit uns richten sich die Augen ganz Europas, der ganzen Welt dorthin, wo sich erweisen muß, ob auch auf der Gegenseite der aufrichtige Wille zur Heilung der durch den Krieg und seine Folgeerscheinungen geschlagenen Wunden lebendig ist. Wir erwarten von der Gegenseite das offene, ehrliche Wort der Bereitwilligkeit zur Verständigung, wir erwarten vor allem aber endlich eine Tat der Verständigung. Der Weihnachtstag ist der Tag des Friedens, der Freundschaft, der großen, gütigen Menschenliebe. Uns Deutschen soll diese Weihnacht ein Tag der Hoffnung sein, aber auch ein Tag heiligen, harten Entschlusses. Wir wollen die Zähne zusammenbeißen und uns sagen, daß nur der verloren ist, der sich selbst verloren gibt. Wir wollen und müssen den Mut zum Leben behalten. Wir müssen, ob arm ob reich, zur Tat werden lassen das Wort: Arbeiten und nicht verzweifeln.

Es folgten auf die Ansprache des Reichskanzlers Ansprachen der Reichstagsabgeordneten Dr. Scholz (D. V.), Dr. Fleischer (Zentrum) und Erkelenz (Dem. P.).

Neue Wirtschaftsgefahr?

Stehen wir nicht schon wieder am Anfang einer neuen Preissteigerung, rollte nicht schon wieder eine neue Teuerungswelle heran?

Man hat viel Unfug mit dem Begriff der „Teuerung" getrieben; was wir durchlebt haben, war weit davon entfernt, eine „echte" Teuerung zu sein, war vielmehr die Folge davon, daß unsere Papiermark ständig an Kaufkraft verlor. Die Produktionskosten stiegen also nicht, sondern unser Geld wurde weniger wert; vielleicht haben wir überhaupt billiger — nach Goldmark berechnet — als früher produziert, weil der Lohnanteil an den Produktionskosten erheblich hinter den Löhnen zurückstand, die in den Ländern mit normaler Valuta gezahlt wurden.

Die Einführung der Goldmarkrechnung in Deutschland schuf aber erst die Möglichkeit klarer Kalkulierung, brachte aber gleichzeitig auch die Feststellung, daß wir in die bisherige Kalkulation eine Menge von „Risikoprämien" hatten einführen müssen, die nur mit Hilfe der wertbeständigen Währung ausgeschaltet werden konnten. Diese Unsicherheiten in der Kalkulation hatten uns aber um ganz große Teile des Auslandsabsatzes gebracht, hatten dazu geführt, daß die einfacher und einwandfreier kalkulierende ausländische Industrie zu billigeren Preisen liefern konnte. Das Stocken unserer Ausfuhr ebenso wie das ständige Sinken der deutschen Kaufkraft hat wieder große Teile unserer Industrie lahmgelegt und uns die alte wirtschaftliche Wahrheit vor Augen geführt, daß nur eine vollbeschäftigte Industrie wirklich billig arbeitet, ihre Produktion rentabel ist. Jede Betriebsstillegung schadet dem Gesamtnutzeffekt der Wirtschaft, verteuert die Produktion, weil die vorhandenen Produktionsfaktoren, also Maschinen und Arbeiter, feiern, nicht voll ausgenutzt werden.

Rentabel wirtschaften — das heißt vor allem aber jede unproduktive Ausgabe ausschalten. Die verschiedenen Risikoprämien sind ausgeschaltet, und schon dies hat ein leichtes Steigen des Beschäftigungsgrades in unserer Wirtschaft hervorgerufen. Weil die Preise sanken. Hand in Hand damit ging aber auch der Abbau anderer unproduktiver Ausgaben, aber an andere kam die Wirtschaft nicht heran. Das sind staatliche Verpflichtungen, deren Kosten naturgemäß von den produktiven Ständen aufgebracht werden müssen in der Form von Steuern und Abgaben. Solange die Welt steht und Steuern entrichtet werden müssen, hat jeder versucht, sie auf „die andern" abzuwälzen, und darum wirkt jede Steuer preissteigernd. Deswegen sind die Kosten des staatlichen Apparates von enormer Wichtigkeit für die Wirtschaft, ist ihre Reduzierung eine Lebensfrage für die Produktion. Sind nun die staatlichen Verpflichtungen sehr hohe, so werden die Preise eines solchen Landes, müssen sie bedeutend höhere sein als dort, wo solche Lasten nicht der Wirtschaft auferlegt sind. Auf uns liegen aber solche unragbar schweren Lasten, weniger die des staatlichen Apparates selbst — obwohl durch dessen Abbau auch noch manches erspart werden könnte — als jene, die uns der Versailler Vertrag „bescherte". Das sind restlos unproduktive Ausgaben, die vom Einkommen niemals allein abgeleistet werden können. Am deutlichsten zeigt sich das daran, daß unsere Ausfuhr nach England stockt, weil der deutsche Produzent nicht die 26prozentige Einfuhrabgabe nach England tragen kann. Denn die Preise der deutschen Ware werden bei ihrer Einkalkulation viel zu hoch. Ebenso wird es nun ganz allgemein jetzt geschehen, wenn die Steuern und Abgaben, die uns die Steuernotverordnungen der letzten Tage bescherten, auf die Preise — wenn auch nur zum Teil — aufgeschlagen werden, damit der Versuch einer steuerlichen Weiterwälzung gemacht wird. Natürlich werden die geringe inländische Kaufkraft und die Weltmarktpreise die Absicht einer vollen Überwälzung verhindern, werden den Unternehmergewinn zum Mittragen zwingen, aber doch nur zum geringen Teil. Noch läßt es sich nicht übersehen, ob diese neuen Lasten überhaupt wirtschaftlich tragbar sind, d. h. durch den Ertrag der Wirtschaft herausgebracht werden können. Ob nicht zu ihrer Bezahlung Eigriffe in das Vermögen, also Hingabe von Betriebskapital und Einschränkung des Betriebes notwendig sind. Beides bedeutet natürlich wieder Preissteigerung. Weil die Produktionskosten steigen, ist das aber eine „echte" Teuerung. Die Weltmarktpreise sind 60 bis 70 % über den Friedensstand emporgeklettert. Die wichtigsten Textilien sogar 150 %; aber wir fürchten, daß infolge der furchtbaren Belastung Deutschlands unsere Preise noch weit höher sein werden; was aber schließlich zum Zusammenbruch unserer Wirtschaft führen muß. Dr Pr.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Weihnachtsgruß des Kanzlers an Rhein und Ruhr.

Der Reichskanzler Marx richtete als Weihnachtsgruß an die Bevölkerung des Rhein- und Ruhrgebietes folgendes Schreiben: „Von altersher ist Weihnachten das Fest der Familie. In glücklichen Friedensjahren hat das deutsche Volk gemeinsam Weihnachten gefeiert. Weihnachten 1927 aber ist die Einheit des deutschen Volkes zerrissen. Künstlich und willkürlich sind Grenzen gezogen zwischen deutschen Volksgenossen. Die Grenzen aber überwinden der Geist und der Wille, ein Deutscher zu sein. In unseren Herzen lebt die Weihnachtshoffnung, daß bald Frieden werde auf Erden, wie es jenen verheißen ist, die guten Willens sind. Diese Hoffnung, die in uns lebt, stärkt uns und tröstet uns in trüben Weihnachtstagen.

Gebührnisse der Militärrentner.

Nachdem die Besoldung der Beamten mit Wirkung vom 1. Dezember 1923 ab in Goldmarkbeträgen festgesetzt worden ist, sind durch Verordnung die Versorgungsgebührnisse der Militärrentner vom gleichen Zeitpunkt ab ebenfalls in Goldmarkbeträge umgeändert worden. Die neuen Militärrenten stehen zu den Goldgehältern der Beamten im gleichen Verhältnis wie die bisherigen Militärrenten zu den früheren Beamtenbezügen. Nur die Zusatzrenten für die bedürftigen Rentenempfänger sind im Verhältnis gegen früher etwas erhöht worden.

Volksabstimmung in Hannover.

Die Deutschhannoveraner haben an den Reichsminister des Innern einen Antrag gerichtet, mit höchster Beschleunigung Anordnungen für den Termin der Vorabstimmung in Hannover treffen zu wollen. Der Umstand, daß bis jetzt noch keine Entschließung des Reichsministeriums erfolgt sei, beunruhige weite Kreise im Lande.

Aus In- und Ausland.

Köln. Die Rheinlandkommission will dem Sonderbündler Smeets als Entschädigung für das auf ihn verübte Attentat einen einmaligen Betrag von 5000 Goldmark und eine jährliche Rente von 1000 Goldmark auf Lebenszeit zuwenden.

München. Wiederholt von nationalsozialistischer Seite verbreitete Gerüchte, daß Besucher beim General Ludendorff verhaftet worden seien, sind, wie hier verlautet, unzutreffend.

Untersuchung über Deutschlands Ernährungslage.

Durch die Garantie der Alliierten.

Pariser Blätter teilen mit, daß das Pariser Garantiekomitee zusammentrat und nach einer kurzen Beratung an sein Bureau in Berlin telegraphiert hat und es aufforderte, ihm so früh wie möglich gewisse Erläuterungen über die Ernährungslage in Deutschland zugehen zu lassen, um den Bericht fertigzustellen, mit dem es von der Reparationskommission beauftragt worden ist. Dieser Bericht könne sehr bald fertig werden; je nach der Antwort der alliierten Regierungen werde dieser Bericht entweder den Regierungen oder der Reparationskommission übermittelt werden.

Der Garantie-Ausschuß hat seinen Berliner Vorsitzenden ersucht, ihm eine ganze Reihe Fragen, die sich auf die Getreidevorräte, die Fettversorgung und andere wichtige Lebensmittelfragen für Deutschland beziehen, eingehend zu beantworten. Die Entscheidung über den deutschen Antrag, auf das Vorzugspfandrecht insoweit zu verzichten, als solches zur Erlangung der amerikanischen Lebensmittelkredite notwendig ist, wird also zu einem wesentlichen Teil davon abhängen, wie sich die deutsche Ernährungslage in den Auskünften spiegelt, die dem Berliner Garantiekomitee von Reichsstellen beschafft und belegt werden können.

Diese originelle Gemeinde ist auf rein kommunistischem Prinzip aufgebaut. Die Kinder verstehen sich sehr gut, es wird nie gestritten und jedes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft unterstützt die andern Mitglieder. Unter den Kindern gibt es gelernte Arbeiter. Diese erteilen den andern Kindern Unterricht und bilden sie zu Handwerkern aus. Die Arbeitsgemeinschaft hat ihre eigene Selbstverwaltung. Diese Selbstverwaltung trifft Entscheidung, die für alle Mitglieder bindend sind. Die Sowjetregierung steht dieser Kinderrepublik sympathisch gegenüber und unterstützt sie mit Rat und Tat. —o.

Lokales und Provinzielles.

Halver, 28. Dezember 1923.

☐ **Die Brotversorgungsabgabe.** Amtlich wird darauf hingewiesen, daß bis zum 2. Januar 1924 der zweite Teil der Brotversorgungsabgabe zu entrichten ist. Dieser beträgt grundsätzlich das 195millionenfache des Zwangsanleihebetrages. Wer also z. B. 100 000 Mark Zwangsanleihe zu zeichnen hatte, hat 19 Billionen 500 Milliarden Papiermark als zweiten Teilbetrag der Brotversorgungsabgabe zu zahlen. Zur Berechnung des maßgebenden Zwangsanleihebetrages dürfen, wie auch bei dem ersten Teilbetrag der Abgabe, aus dem zwangsanleihepflichtigen Vermögen ausgeschieden werden Mietswohngrundstücke sowie auf Papiermark lautende Forderungen und Beträge (z. B. festverzinsliche Wertpapiere, Hypothekenforderungen). In den Fällen, in denen dem Abgabepflichtigen ein besonderer Brotversorgungsabgabebescheid zugestellt worden ist oder bis Ende des Monats zugestellt wird, ist stets das volle 195millionenfache des in dem Bescheid angegebenen Grundbetrages zu entrichten; eine Ausscheidung abgabefreier Gegenstände darf hier nicht mehr vorgenommen werden, da diese Gegenstände bei der Festsetzung des Grundbetrages bereits von Amts wegen ausgeschieden worden sind. Die Zahlung ist ausschließlich bei den Finanzkassen (nicht bei einer Gemeindekasse und nicht bei einer Annahmestelle für die Zwangsanleihe) zu leisten. Bei nicht rechtzeitiger Zahlung der Abgabe bis zum 2. Januar 1924 hat der Steuerpflichtige die zwangsweise Beitreibung zu gewärtigen und empfindliche Verzugszuschläge zu entrichten.

☐ **Postverkehr mit Danzig.** Vom 1. Januar 1924 an ist im Gebiet der Freien Stadt Danzig nicht mehr die deutsche Reichsmark, sondern der Danziger Gulden gesetzliches Zahlungsmittel. Infolgedessen müssen Postanweisungen nach dem Freistaat Danzig von dem genannten Zeitpunkt an in Danziger Gulden ausgestellt werden. Postaufträge und Nachnahmen auf eingeschriebenen Briefsendungen und Wertbriefen nach dem Gebiet der Freien Stadt Danzig haben ebenfalls auf Danziger Gulden zu lauten.

☐ Falsche Zwischenscheine zu Schatzanweisungen des Deutschen Reiches (sogenannte Goldanleihe) zum Nennwert von 2,10 Goldmark gleich ½ Dollar, vom 23. 10. 1923. Von den durch die Reichsbank ausgegebenen, vorbezeichneten Zwischenscheinen, die ihren Schutz in einem natürlichen Wasserzeichen und in den im Papierstoff eingebetteten Pflanzenfasern tragen, sind Fälschungen aufgetaucht, die als solche an der mangelhaften Nachahmung oder dem Fehlen der Echtheitsmerkmale — Wasserzeichen und Pflanzenfasern —, sowie an der schlechten Druckausführung unschwer zu erkennen sind. Gleichzeitig wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Reichsbank nur Zwischenscheine im Nennwert von 0,42 Goldmark gleich 1/10 Dollar, 1,05 Goldmark gleich ¼ Dollar und 2,10 Goldmark gleich ½ Dollar ausgegeben hat. Alle über höhere Beträge lautenden Zwischenscheine sind als Fälschungen anzusehen. Vor Annahme dieser Fälschunger wird gewarnt.

& **Halver,** 27. Dez. Auf der Tagesordnung der am 28. Dezember stattfindenden Sitzung der Gemeindevertretung stehen folgende Punkte: 1. Erhebung kommunaler Abgaben für das 3. Vierteljahr 1923 und Januar 1924. 2. Heimstätte Halver G. m. b. H. 3. Festsetzung des Anrechnungswertes der Landnutzung in Glörfeld. 4. Beaufsichtigung der Forsten. 5. Wasserversorgung der Schule Glörfeld. 6. Dienstunkosten des Gemeindevorstehers. 7. Steuererlaßanträge der Firma August Berghaus in Oberbrügge und der Firma Casp. Arn. Winkhaus in Carthausen.

* **Halver,** 27. Dez. Die Bruderschaft Halver des Jungdeutschen Ordens hatte am verflossenen Samstag Bannerweihe. Hierzu waren auch eine Anzahl Gäste erschienen, sodaß der Saal des Hauses zur Fuhr gefüllt war. Um 7 Uhr begann die Feier, womit eine kleine Weihnachtsfeier verbunden war. Der Saal war weihnachtlich prachtvoll geschmückt. Großmeister Lueg begrüßte eingangs die Erschienenen. Er gab bekannt, trotzdem die Bruderschaft Halver schon 2 Jahre bestehe, habe sie jetzt erst ein Banner erhalten, zu dem sie nun wohl berechtigt sei. Die Bruderschaft stehe jetzt mit über 100 Brüdern auf sicheren Füßen. Er hoffe gerne, daß der jungdeutsche Gedanke immer mehr an Boden gewinne. Mit seinem Wahlspruch: „Das Vaterland über die Partei", sei im Orden jede Parteipolitik ausgeschlossen. Nach Abwicklung weiterer Programmpunkte versammelte sich die Bruderschaft mit dem neuen Banner auf der Bühne. Pastor Dr. Große-Dresselhaus hielt nun mit Bezug auf die Bannerweihe eine tief zu Herzen gehende großangelegte Rede, die eine ungeheure Wirkung auslöste. Unmittelbar anschließend nahm dann der stellvertretende Comtur Prinz aus Plettenberg mit einer markigen Ansprache die Weihe des Banners vor. Es war ein außerordentlich feierlicher Moment, als die gesamte Bruderschaft bei nunmehr enthülltem Banner den Rütlischwur ablegte und alsdann das Lied machtvoll durch den Saal erscholl: „Wir reichen einander zum Schwure die Hände". Der übrige Teil der Feier war in den einzelnen Punkten auf streng deutsch und deutsche Weihnacht abgestimmt. Gegen 11 Uhr war die erhebende Feier zu Ende. Treu deutsch — allewege! — Nachdem das Banner, das Symbol der Einheit, einige Tage geweiht, mußte es schon mit einem Trauerflor umwunden, einem Mitglied das letzte Ehrengeleit zum Friedhof geben.

& **Halver,** 27. Dez. Am Heiligenabend nachmittags 4 Uhr fand im Versorgungshause eine Weihnachtsfeier statt, zu der sich die Insassen, einige der früheren und noch sonstige Teilnehmer eingefunden hatten und sich unter dem brennenden Weihnachtsbaume vereinigten. Eingeleitet wurde dieselbe durch ein von Pastor D. Dresbach gesprochenes Gebet, worauf die Versammlung sang: „Dies ist der Tag, den Gott gemacht." Von den Kindern wurden alsdann verschiedene Deklamationen vorgetragen, worauf die Schwestern und die Kinder dreistimmig das Lied: „Stille Nacht, heilige Nacht" sangen. Im Anschluß an die Weihnachtsgeschichte hielt Pfarrer D. Dresbach eine die Bedeutung des Tages mit Würdigung des Ortes, in dem die Feier stattfand, hervorhebende Ansprache, worauf wieder Deklamationen und dann ein Lied folgten. Gemeindevorsteher Fernholz überreichte mit einer Ansprache den Schwestern ein Weihnachtsgeschenk und entbot den Gruß der Gemeinde und des Amtes. Ebenso wurden die Kinder beschenkt. Bemerken wollen wir noch, daß die für die Feier erforderlichen Mittel durch private Liebestätigkeit aufgebracht waren. Die Feier, die nach jeder Hinsicht den schönsten Verlauf nahm, erreichte gegen 5 Uhr ihr Ende.

& **Halver,** 27. Dez. Die Firma Degenhardt & Sippel veranstaltete hier am verflossenen Sonntag für ihre Angestellten und Arbeiter im Saale des Hauses „zur Fuhr" eine Weihnachtsfeier, die sich unterm Weihnachtsbaum versammelten. Unter Begleitung von Musik wurden Weihnachtslieder gemeinschaftlich gesungen. Jeder Teilnehmer erhielt ein recht stattliches Paket Lebens- und Genußmittel und sonstige nützliche Sachen. Der Prokurist Westerhoff hielt eine entsprechende Ansprache, der der Teilhaber Benno Sippel sich mit einigen Worten anschloß. Einer der Arbeiter stattete späterhin den Dank der Beschenkten ab. In recht weihnachtlicher Stimmung blieben die Versammelten unter weiteren Gesängen usw. noch einige Zeit beisammen. Die ganze Veranstaltung bekundete das gute Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und diente dazu, dasselbe noch weiter zu festigen.

× **Halver,** 27. Dez. Weihnachten, das Fest der Liebe, ist vorüber und der graue Alltag, mit all seinen Freuden und Leiden hat seine Rechte wieder geltend gemacht. — Einen außerordentlichen reichen Schneefall haben uns die letzten Tage ggbracht. Die Schneehöhe hat ein Maß erreicht, wie wir ihn in den letzten Jahren nicht erlebt haben. Die Winterlandschaft bietet mit den unter riesigen Schneemengen liegenden Wald- und Feldpartien ein herrliches Bild. — Infolge des starken Schneefalles waren die Gottesdienste an den beiden Festtagen nicht sehr gut besucht.

\+ **Kierspe,** 27. Dez. Dank der außerordentlich regen Tätigkeit unserer Gemeindeschwester Margarete und der Opferwilligkeit der Bewohner konnte eine ansehnliche Menge Nahrungsmittel usw. zum Weihnachtsfest zur Verteilung gelangen und damit manche Träne getrocknet werden, die in unserer trostlosen Zeit so reichlich fließen. Allen freundlichen Gebern sei hiermit herzlichst gedankt, insonderheit Schwester Margarete, die weder Opfer noch Mühe gescheut hat, um den Mühseligen und Beladenen Trost und Erquickung zu bringen.

Hagen, 27. Dez. Auslosung der Geschworenen. Am Montag, den 14. Januar 1924, beginnt die erste Schwurgerichtstagung des kommenden Jahres. Den Vorsitz wird Landsgerichtsdirektor Dr. Oebicke führen. Als Geschworenen wurden ausgelost: 1. Kaufmann Fritz Rentzing, Iserlohn. 2. Gewerkschaftssekretär Max Sauerbrey, Hagen. 3. Rendant Karl Schmidt, Lüdenscheid. 4. Kaufmann Wilhelm Baberg, Schwelm. 5. Fabrikant Josef Vieler, Letmathe. 6. Kaufmann Fritz Geck, Plettenberg. 7. Rendant Julius Meinecke, Vorhalle. 8. Fabrikant Ernst Geck, Grünewiese bei Altena. 9. Landwirt Josef Goeke, Wimbern. 10. Hüttenbeamter Otto Tuschhoff, Berge. 11. Landwirt Kasper Ostermann, Schwitten bei Bösperde. 12. Uhrmacher Alfred Nehm, Hagen. 13. Bäckermeister Friedrich Asbeck, Haspe, 14. Rentner Fritz Schramm, Hagen. 15. Oberinspektor Wilhelm Baukloh, Schwelm. 16. Förster August Keuthen, Vorhalle. 17. Dreher Karl Niemann, Herdecke. 18. Kaufmann Friedrich Laurenzis, Letmathe. 19. Schlosser Josef Brenke, Haspe. 20. Bürodirektor Eduard Cremer, Westhofen. 21. Architekt Paul Langenstepen, Hagen. 22. Fabikant Wilhelm Steinhaus, Boele. 23. Kaufmann Arthur Bestgen, Dahle bei Altena. 24. Ziegeleiverwalter Jodekus Gersema, Holzen. 25. Bauunternehmer Franz Lösse, Hagen. 26. Fabrikmeister Heinrich Uhlmann, Iserlohnerheide. 27. Kaufmann Max Blumenthal, Boele. 27. Landwirt Karl Hülle, Eilerde bei Altena. 29. Buchdruckereibesitzer Robert Baltin, Gevelsberg. 30. Schlossermeister Hugo Deitelbeck, Breckerfeld.

Dortmund, 24. Dez. Zur Wiederbelebung des Straßenbahnverkehrs haben die Dortmunder Straßenbahnen G. m. b. H. versuchsweise eine erhebliche Vergünstigung für Familien eingeführt. Diese können an Sonntagen in der Zeit von 12 Uhr mittags bis 7 Uhr abends ein Kind bis zu 10 Jahren unentgeltlich und ein Kind bis zu 15 Jahren zu halben tarifmäßigem Fahrpreis mitnehmen, während bisher nur Kinder bis zu 10 Jahren zum halben Fahrpreis befördert wurden und von 10 Jahren ab den vollen Fahrpreis zahlen mußten.

Schwerte, 24. Dez. Von Räubern überfallen. wurde der 60jährige Landwirt W. Breuker und seine einige Jahre ältere Schwester, die allein in ihrem Hause an der Hörderstraße wohnen. Die drei Räuber fesselten den alten Mann und zwangen mit vorgehaltenen Revolvern die Schwester zur Herausgabe eines Betrages von 25 Billionen. Nachdem sie das ganze Haus nach Geld und Wertsachen durchsucht hatten, verschwanden die Räuber in der Dunkelheit unerkannt.

Beckum, 24. Dez. Aufgeklärter Totschlag. Am 1. Oktober 1922 war nachts auf dem Heimwege von einer Festfeier der Arbeiter Kohlbrunn auf dem Lippewege erschossen worden. Der Täter war nicht bekannt. Man nahm an, daß K. aus dem Hinterhalte aus Eifersucht erschossen sei. Nunmehr hat sich herausgestellt, daß der Täter der Schreinergeselle Jungblut ist, der den Schuß auf eine ihm folgende Gesellschaft, der K. angehörte, in dem Glauben, man wolle ihn überfallen, abgegeben hatte.

Friedensmieten ab 1. Februar?

Beschlüsse des Reichskabinetts.

Das Reichskabinett genehmigte in seiner Sonnabend-Sitzung eine Verordnung zur Änderung des Mieterschutzgesetzes und des Wohnungsmangelgesetzes und stimmte unter anderem dem Entwurf einer Verordnung zur Vereinfachung der Strafrechtspflege unter Berücksichtigung der Wünsche des Fünfzehner-Ausschusses des Reichstages zu.

Nach den Angaben eines Berliner Lokalblattes soll die Absicht bestehen, das sog. Goldmietengesetz schon mit Wirkung vom 1. Januar 1924 in Kraft zu setzen und es so zu fördern, daß es schon vor dem 16. Januar als Ermächtigungsverordnung herauskommt. Wirksam soll es werden vom 1. Februar ab. Angeblich soll der Inhalt folgender sein:

Alle öffentlich-rechtlichen Hauslasten, wie Grund- und Gebäudesteuern, Wassergeld, Müllabfuhr, Straßenreinigung usw., kurzum, alles bisher durch Umlage bei den Mietern Erhobene, soll weiter auf die Mieter umgelegt werden. Die anderen Bestandteile der gegenwärtigen gesetzlichen Miete aber, d. h. Verwaltungs- und Instandsetzungskosten (einschließl. der Grundmiete) sollen in einem Betrage zusammengefaßt und so aufgehöht werden, daß die Gesamtmiete (also fester Bestandteil und Umlagen) — jetzt ein Sechstel bis ein Fünftel der vollen Friedensmiete gleich sein soll.

Den Bedenken, die namentlich in Beamtenkreisen gegen eine solche sprunghafte Rückkehr zur Friedensmiete bestehen und auch seitens der Ministerien erhoben worden sind, plant die Regierung dadurch Rechnung zu tragen, daß die Beamten entsprechende Wohnungsgeldzuschüsse erhalten sollen. Irgend eine bestimmte Erklärung, ob diese Angaben richtig sind, liegt nicht vor.

Der Düsseldorfer Schupoprozeß.

(Sechster Tag.) s. Düsseldorf, 22. Dezember.

In der weiteren Verhandlung des Schupo-Prozesses wurde zunächst die Vernehmung französischer Zeugen fortgesetzt. Es kam dabei zu längeren Auseinandersetzungen zwischen Verteidigung und Gerichtshof über die Widersprüche in den Aussagen dieser und der früher vernommenen Belastungszeugen. Dann erfolgte die Vernehmung des

Separatistenführers Matthes.

Matthes erklärte, er habe seine Propaganda mit ein paar größeren politischen Versammlungen in Bonn, Aachen, Düsseldorf usw. beenden wollen. In einigen Städten seien die Teilnehmer an diesen Versammlungen unerwartet überfallen worden. Darum sei der sogenannte Selbstschutz gegründet worden. Zum Rheinischen Tag in Düsseldorf habe er als zu einer unbedingt friedlichen Kundgebung aufgerufen. Es sei an keine Gewalt gedacht gewesen. Auf Fragen des Vorsitzenden erklärte Matthes, er habe an Selbstschutz 3000 bis 4000 Mann bei sich gehabt. Von 25 000 bis 30 000 Teilnehmern an dem Zuge seien etwa zehn Prozent bewaffnet gewesen.

Im Gegensatz zu Matthes sagte der nächste Zeuge Journalist Dr. Krüger, der Kölner Vertreter des Berliner Tageblattes, aus, er habe gesehen, wie ein Zug von 1000 bis 1400 Sonderbündlern mit Gummiknüppeln, Revolvern usw. aus dem Bahnhof herauskam. Die Ordnungstruppen der Separatisten hätten die Herrschaft über die Menge verloren, und es sei von separatistischer Seite der erste Schuß gefallen. Es seien Mißhandlungen von Zivilisten und Schutzpolizisten durch Separatisten vorgekommen. Die blaue und die grüne Polizei habe am Knotenpunkt der Kundgebungen zunächst in die Luft geschossen.

Eingesandt.

(Ohne Verantwortung für die Redaktion).

„Bahnfrevel"

— Schwenke, 26. Dez. 1923.

Vor dem Kriege hatten wir nicht selten Gelegenheit von Freveltaten an den Einrichtungen der Eisenbahn usw. zu hören oder gar mit eigenen Augen zu sehen. Während des Krieges sind solche Eingriffe in weit größerem Maße vorgenommen. Obschon viele derartige Verbrechen abgeurteilt wurden, ist auch mancher dem wachsamen Auge entgangen. Zügellosigkeiten Frechheiten, Brutalitäten, Gewalttaten, ausgeführt von Kindern und Erwachsenen von kleinstem bis größtem Ausmaß waren an der Tagesordnung. Viele Erzieher des Rechts und der Gerechtigkeit waren im Felde und konnten daher nicht recht in Wirkung treten, so daß man vielfach ein Auge zu drückte und von einer Meldung bezw. Anzeige absah. Nun sind aber schon fünf Jahre nach dem Kriege verflossen; die schrecklichsten Zeiten liegen hoffentlich hinter uns, „nur die Erziehung der Jugend" läßt noch viel zu wünschen übrig um einmal wieder ordentliche Verhältnisse zu bekommen, denn „das Bäumchen biegt sich, doch der Baum nicht mehr". Mit Nachfolgendem soll aber nun nicht gesagt sein, daß die Eltern oder sonstigen Erzieher, die Jugend zu Ungezogenheiten anhalten oder letztere ohne weiteres gut heißen, sondern wir wollen hoffen, annehmen zu dürfen, daß solche Ungezogenheiten ohne Wissen der Erzieher ausgeführt werden und bitten deshalb, unserem Ansinnen wohlwollende Berücksichtigung angedeihen lassen zu wollen.

Soll ein geregelter Zug-Verkehr stattfinden so ist es nötig, daß die Strecke sorgfältig unterhalten wird. Mit der Unterhaltung der Gleisanlagen ist das Streckenpersonal beauftragt. Um dieses Personal arbeitsfähig zu erhalten, hat die Eisenbahn-Verwaltung Aufenthaltsräume an der Strecke aufgestellt und dem Personal die Möglichkeit geschaffen, das mitgebrachte Mittagessen aufwärmen, Wasser für Kaffee kochen und sich während der Mahlzeiten oder bei Regenwetter vorübergehend in der Bude aufhalten zu können. An der 10 Kilometer langen Strecke Radevormwald—Anschlag sind fünf Aufenthaltsräume aufgestellt. Seit Jahren aber werden diese Räume dauernd ruiniert, ihrer Einrichtung beraubt und demoliert, so daß nicht nur die Einrichtung sondern auch der ganze Wagenkasten sehr oft neu angeschafft werden muß. So wurde der, in der Nähe der Eickerhöhe stehende Wagenkasten vor kurzem wieder erbrochen, Schloß, Fenster, Herdringe zertrümmert, Beil, Säge, Ofenrohr, Signalhorn, Wasserwage Wiegelatte entwendet, Kaffeetassen mit Steinen bombardiert und zertreten und der Wasserkessel!? man sollte es nicht glauben — als Urieneimer benutzt!!" Das nicht nur Schul- oder Ruhrkinder sondern auch 20jährige Burschen daran beteiligt sind dürfte bewiesen werden können und wir sind bereit, Anwohnern dieser Strecke, welche Nachfragen über das Verhalten ihrer „Herren" Söhne anstellen wollen, die nötige Auskunft zu geben. Wie kann nun unter solchen Umständen, ein so behandelter Eisenbahner gegenüber diesen Bewohnern rücksichtsvoll sein? Wir sind verflichtet und uns darüber einig geworden, ohne jede Ausnahme, jeden einzelnen zur Anzeige zu bringen so oft und sobald er die Bahnanlage an verbotener Stelle betritt.

Die Bediensteten gen. Strecke

Schmidt Rottenaufseher.

Kleine Nachrichten.

Eisenbahnunglück bei Berlin.

Berlin, 26. Dezember. Gestern fuhr ein Personenzug auf den am Einfahrtsignal des Bahnhofs Oranienburg haltenden Vorortzug 33 auf. Zwei Wagen wurden zertrümmert und gerieten in Brand. Ein Postschaffner wurde hierbei getötet. Vier weitere Eisenbahnbedienstete bzw. Reisende wurden leicht verletzt.

400,3 Trillionen Banknoten noch im November.

Berlin, 26. Dezember. Die Reichsbank veröffentlicht mit starker Verzögerung die beiden Ausweise vom 23. und 30. November. Obwohl die Diskontierung von Reichsschatzwechseln und damit der Notendruck für das Reich am 15. November eingestellt wurde, ergibt sich für die beiden letzten Novemberwochen doch eine weitere Steigerung des Notenumlaufs der Reichsbank um 307,4 auf 400,3 Trillionen Mark.

Zu hohe Ladenpreise für Fleisch.

Berlin, 26. Dezember. In einigen Tagen findet eine Sitzung im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft über die Gestaltung der Schlachtvieh- und Fleischpreise unter Hinzuziehung der Wucherpolizei statt. Bei der Verhandlung wird festzustellen sein, ob der von der Wucherpolizei ausgeübte Druck auf die Preise sich insofern auswirkt, daß der Viehhandel den Landwirten zu wenig bietet, ohne daß den Zwischenstellen zwischen Landwirtschaft und Verbraucher die Profite entsprechend beschnitten werden.

Margerie bei Stresemann.

Berlin, 26. Dezember. Der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, hat den französischen Botschafter Herrn de Margerie, empfangen und dabei vornehmlich die Zustände in der Pfalz zur Sprache gebracht. Dr. Stresemann hat nachdrücklichst die unverzügliche Wiederherstellung vertragsmäßiger Zustände in der Pfalz gefordert.

Kein Reichskommissar für Thüringen.

Berlin, 26. Dezember. Die Nachricht, daß die Ernennung eines Reichskommissars für Thüringen bevorsteht, ist nicht zutreffend. Es ist vielmehr zu hoffen, daß gewisse Fragen, die die ernste Besorgnis der Reichsregierung erweckt haben, durch Verhandlungen mit der thüringischen Regierung eine befriedigende Regelung finden werden.

Begnadigung von Strafgefangenen.

Berlin, 26. Dezember. Aus Anlaß des Weihnachtsfestes sind im Geschäftsbereich des Preußischen Justizministeriums 152 Strafgefangene in Freiheit gesetzt worden.

Elbschiffahrt eingestellt.

Hamburg, 26. Dezember. Da infolge des strengen Frostes die Elbe starkes Treibeis führt, haben die Elbeschiffahrtsunternehmungen ihren Betrieb völlig einstellen müssen.

Die deutschen Vertretungen in Paris und Brüssel.

Berlin, 26. Dezember. Die Ernennung des deutschen Botschafters in Paris soll gleichzeitig mit der Wiederbesetzung des Brüsseler Gesandtschaftspostens erfolgen. Über die Person des Pariser Botschafters besteht b[illegible] Einvernehmen, dagegen sind die Verhandlungen mit Br[illegible]l noch in der Schwebe. Deshalb ist nicht damit zu rechnen, [illegible] die Bekanntgabe der Besetzung beider Posten vor Anfang Januar zu erwarten ist.

Von Franzosen erschossen.

Speyer, 26. Dezember. Hier wurde der auf dem Gutshof Ludwigshof bei Speyer beschäftigte Arbeiter Schuster auf dem Rheindamm von der französischen Wache anläßlich einer Paßkontrolle erschossen, sein Begleiter wurde festgenommen.

Amerikanisch-polnischer Handelsvertrag.

Warschau, 26. Dezember. Die polnische Regierung wurde aus Washington verständigt, daß Amerika bereit sei, mit Polen einen Handels- und Freundschaftsvertrag sowie eine Konsularkonvention abzuschließen. Die Verhandlungen sollen demnächst in Warschau beginnen.

Eine Dollarfälscherbande.

Krakau, 26. Dezember. Die hiesigen Polizeibehörden haben eine weitverzweigte Fälscherbande ausgehoben, welche falsche Dollars in Umlauf setzte. Die Zahl der in Umlauf gesetzten Dollarbanknoten geht in viele Tausende.

Freisprechung einer Mörderin.

Paris, 26. Dezember. Nach achttägiger Verhandlung hat das Schwurgericht des Seine-Departements die Anarchistin Germaine Berton, die im Januar d. J. den Führer der Camelots du roi Marius Plateau in den Redaktionsräumen der „Action francaise" erschossen hatte, freigesprochen.

Der dritte amerikanische Sachverständige.

Paris, 26. Dezember. Zum dritten amerikanischen Delegier- für die von der Reparationskom[illegible]ission einzusetzenden Untersuchungsausschüsse ist von amerikanischer Seite Henry Robinson, Präsident der Natioanlbank von Los Angeles und Kalifornien, ausersehen.

Der verunglückte Zeppelin.

Toulon, 26. Dezember. Das ehemalige Zeppelinluftschiff „Dixmuiden" ist gestern westlich von Tatuin in Tunis gesichert worden. Auf funkentelegraphischen Anruf gibt der Zeppelin keine Antwort. Von einer Landung ist nichts bekannt geworden.

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. (Arbeitszeit im mitteldeutschen Braunkohlengebiet.) Da keine Verständigung zustande kam, hat das Reichsarbeitsministerium einen Schlichtungsausschuß eingesetzt, der einen Schiedsspruch gefällt hat. Danach soll Mehrarbeit geleistet werden. Die reine Arbeitszeit soll unter Tage 8 Stunden, in den Randrevieren 8½ Stunden, über Tage 10 Stunden betragen. Die Schichtlöhne sollen um ein bis zwei Achtel erhöht werden. Dieses Mehrarbeitsabkommen und der allgemeine Manteltarif sollen nur gemeinsam und zum gleichen Zeitpunkt kündbar sein. Die zum 1. Januar 1924 ausgesprochene Kündigung des Manteltarifs sieht der Arbeitgeberverband mit Inkrafttreten des Schiedsspruches als erledigt an.

Berlin. (Lohnregelung im Bergbau.) Die Löhne im Kohlenbergbau des unbesetzten Gebietes für die Zeit vom 17. bis 31. Dezember 1923 wurden durch Schiedsspruch eines im Reichsarbeitsministerium eingesetzten Schlichtungsausschusses wie folgt festgesetzt: für Oberschlesien auf 3 Goldmark je Schicht, für Niederschlesien auf 2,50 Goldmark je Schicht, für Sachsen auf 2,70 Goldmark je Schicht, für Mitteldeutschland (Kernreviere) auf 2,50 Goldmark je Schicht. In den Revieren, in denen bereits Überarbeit geleistet wird, tritt zu dem Goldlohn und der Teuerungszulage ein Zuschlag von einem Siebentel für Untertagearbeiter und von einem Achtel für Übertagebeschäftigte, soweit sie unmittelbar mit der Kohlenförderung zu tun haben.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Ein Stadtrat wegen Bestechung verurteilt.** Von der Strafkammer in Gleiwitz wurde der Leiter des Gleiwitzer Wohnungsamtes, Stadtrat Joseph Kubetzko, wegen aktiver und passiver Bestechung in drei Fällen zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Kubetzko war Mitglied der Nationalversammlung für den Wahlkreis Oppeln und zog später, da die Wahlen in Oberschlesien nicht stattfanden, in den Reichstag ein. Er war Mitglied des Zentrums und Hauptvertreter der christlichen Gewerkschaften.

Börse und Handel.

* **Die Billionen-Mark bei der Reichsbank.** Die Reichsbank führt vom 1. Januar ab die Aufträge und Buchungen in der Papiermarkrechnung nur noch in „Billionen"-Summen, mit höchstens zwei Dezimalstellen nach dem hinter die Billion zu setzenden Komma aus. Es wird also zum Beispiel statt wie bisher 13 720 000 000 000 Mark nunmehr einfacher 13,72 Billionen Mark geschrieben. Im Überweisungsverkehr ist diese neue Schreibweise schon vom 28. Dezember an anzuwenden.

Nur noch wertbeständige Reichsbankkredite.

Der Zentralausschußsitzung der Reichsbank am Sonnabend wohnten zum erstenmal zwei Vertreter der Deutschen Rentenbank bei. Der Leitung der Rentenbank soll auf diese Weise Gelegenheit gegeben werden, ihre beratende Stimme bei der Festsetzung der Zinssätze der Reichsbank zur Geltung zu bringen. Die zur Erörterung und zur Beschlußfassung stehenden Dinge sind von entscheidender Bedeutung. Das ganze Kreditgeschäft der Reichsbank soll von jetzt ab auf die wertbeständige Basis gestellt werden. Während es bisher so ist, daß nur das Lombardgeschäft wertbeständig vor sich geht, und wertbeständige Wechselkredite nur in der Form von Wechsellombard erhältlich sind, soll fortan auch das wertbeständige Wechseldiskontgeschäft gepflegt werden.

Heraufsetzung des Reichsbankdiskonts.

Die Reichsbank hat den Zinssatz für wertbeständige Diskontkredite auf 10 Prozent, für wertbeständige Lombarddarlehen auf 12 Prozent für das Jahr festgesetzt. Für Papiermarkdarlehen ohne Entwertungsklausel, die etwa auf Grund früherer Zusagen in einzelnen Fällen für besondere Zwecke noch weitergegeben werden müssen, verbleibt es bei dem seitherigen Zinssatz von 90 Prozent.

Wetter-Aussichten.

30. Dezember. Vielfach Sonne, teils Wolken Kalt.
31. = Wenig verändert. Strichweis Niederschlag.
1. Januar. 1924 Wolken, vielfach Niederschlag, Wind Gelinde.
2. Januar. Veränderlich, Wind.
3. = Wenig verändert.
4. = Sonne, Wolken, naßkalt, vielerorts Niederschlag.
5. = Veränderlich, normal temperiet.

Schriftleitung: Wilh Bell jr., Halver i Westf.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Anteilnahme sage ich allen herzlichsten Dank.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Cläre Eicker.

Halver, 27. Dezember 1923.

Trauerbriefe

werden schnell und billig
∴ angefertigt in der ∴
Buchdruckerei
Wilh. Bell jr., Halver.

Verordnung über Auszeichnung von Preisen im Kleinhandel.

§ 1.

Beim Feilhalten von Gegenständen des täglichen Bedarfs, die nach §§ 37 und 38 der Verordnung über Handelsbeschränkungen vom 13 Juli 1923 (R. G. Bl. I S. 706) mit Preisschildern oder Preisverzeichnissen zu versehen sind, ist der Grundpreis in Goldmark anzugeben.

Daneben ist im Schaufenster und in den Verkaufsräumen durch einen deutlich lesbaren Aushang bekanntzugeben, welche Anzahl Papiermark **auf eine Goldmark** gerechnet wird und für welchen Tag und Tageszeit dieser Multiplikator gilt (z B. 17. 11 3 Uhr Nachm. bis 18 11. 3 Uhr nachm)

Gemäß der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten über die Verpflichtung zur Annahme von Reichsmark bei Inlandsgeschäften von 7. 11 23 (Reichsanzeiger vom 7 11. 23 Nr. 259) § 3, Abs 2, darf der Berechnung des Reichsmarkbetrages kein höherer Dollarkurs zu Grunde gelegt werden, als der auf Grund der letzten amtlichen Berliner Kurse für Auszahlung New-York errechneten Mittelkurs.

§ 2.

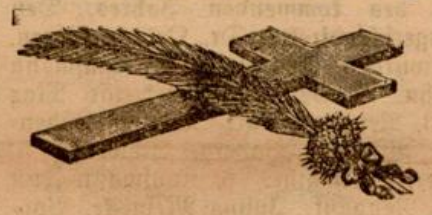
Die Preisbestimmung gilt jeweils innerhalb der üblichen Geschäftsstunden **von nachmittags 3 Uhr des laufenden Tages bis 3 Uhr nachmittags des folgenden Tages.**

§ 3.

Zuwiderhandlungen werde ich auf Grund meiner Verordnung vom 22. 10. 23 I. c 6368 gegebenenfalls mit Schutzhaft ahnden.

Wehrkreiskommando 6.

Statt jeder besonderen Anzeige.



Heute morgen 8½ Uhr entschlief sanft nach langem, schweren, mit großer Geduld ertragenen Leiden, im festen Glauben an ihren Erlöser, meine herzensgute, treusorgende, heissgeliebte Mutter, unsere liebe Schwester, Schwiegertochter, Schwiegerin und Tante

Wwe. Albert Steller
Hedwig geb. **Feßler**

im Alter von 43 Jahren.

In tiefer Trauer namens der Hinterbliebenen:

Luise Steller.

Heesfeld b. Cärthausen, den 27. Dez. 1923.

Die Beerdigung findet am Montag, den 31. Dezember nachm. 2 Uhr vom Sterbehause aus statt.

Von Beileidsbesuchen wolle man bitte Abstand nehmen.

Westf. Glasniederlage Hagen i.W.

Fernspr. 2643 Inh.: **Heinr. Theis jr.** Wehringhauserstr. 44

Größtes Unternehmen dieser Art am Platze.
Billigste Bezugsquelle für Wirte - Vereine.
Spezialität: Wirtschaftsartikel. 1444

Bekanntmachung.

In Abänderung der Bekanntmachung vom 14 11. 1923 werden die Zuschläge zur Grundmiete vom 1. 12. 1923 an für die Gemeinden Kierspe und Rönsahl wie folgt festgesetzt:

1. Wohnräume:

1. 100 % für Zinsensteigerung,
2. 680 000 000 000 % für Verwaltungskosten,
3. 3 045 000 000 000 % „ laufende Instandsetzungskosten.

2. Gewerbliche Räume:

25 % weiterer Zuschlag zu den laufenden Instandsetzungskosten.

Kierspe, den 18. Dez. 1923.

Der Amtmann: Hilterbrandt.

KATALOGE
für die
Kleineisenindustrie
werden als Spezialität schnell u. preiswert angefertigt. Stelle aus meinem großen Vorrat Clichés kostenlos zur Verfügung
Wilh. Bell jr.,
Halver.
PREISLISTEN

Neuenhaus b. Kierspe.

Am 31. ds. Mts., abends 8 Uhr:

Sylvester-Ball.

Musikverein Kierspe.



Das beste
Taschen-feuerzeug.

Dasselbe nimmt mehr Brennstoff auf, wie alle andern Feuerzeuge gleicher Größe mit Benzinbehälter. Da durch die gute Abdichtung keine unbenutzte Vergasung stattfindet, wird der Brennstoff restlos und sparsam verbraucht. Eine Füllung hält wochenlang und speist den doppeltlangen bis zum Boden reichenden Docht dauernd gleichmäßiger als alle Benzinbehälter, ganz egal ob das Feuerzeug täglich. stündlich oder gar als Kerze benutzt wird.

Wilh. Bell jr.,
Halver.

Alle Familien-Nachrichten

die zur Kenntnis weitester Kreise kommen sollen, finden durch den

Allgemeinen Anzeiger

und

Schalksmühler General-Anzeiger

die denkbar beste Verbreitung.

Gedenket der hungernden Vögel!

Sitzung der Gemeindevertretung Schalksmühle

findet statt am **Montag, den 31. d. Mts.,** nachmittags 3 Uhr, im Kaffeehause von Schulz in Schalksmühle

Halver,
den 27 Dezember 23

Der Amtmann.

Alt-Blei
u. sonst. Altmetalle
kauft laufend
Friedr. Ernst Häusler,
Kierspe, [1561
Telef. 209 Meinerzhagen.

Taschenlampen
-Batterien
-Birnen
Feuerzeuge
empfiehlt
F. H. Bohmer,
Schalksmühle.

Inserate

für die
Tagesausgabe
erbitten wir bis spätestens
3 Uhr nachm.
tags vorher.

Größere Anzeigen wolle man früher aufgeben, da sonst für eine schöne Ausstattung u. gute Plazierung keine Gewähr übernommen werden kann.

Der Verlag.